

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

7/XVII/133

Bonn, den 29. Juni 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Mehr Bürgersinn</u> Die Mahnung des Bundespräsidenten	22
1	<u>Stilbruch</u> Strauss stimmt für Strauss	20
2 - 3	<u>"Beispiel Fibag" - einmalig im Bundestag</u> Aus der bisherigen Praxis der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse Von Horst-Jürgen Winkel, Juristischer Assistent bei der SPD-Bundestagsfraktion	65
4	<u>Ausbildungsförderung - aber wie?</u> Die öffentliche Diskussion hat begonnen	39
5	<u>Fachleute - eine "Mangelware"</u> Wie steht es mit dem "Marshall-Plan für Entwicklungsländer"? Von Bruno Küster, Genf	47
6 - 7	<u>Der Auslandsbericht:</u> <u>Neuer kommunistischer Balkanbund?</u> Die Bedeutung der Reise Chruschtschows nach Sofia und Bukarest Von Dr. Basil Mathiopoulos * * * *	70

---

 Chefredakteur Günter Markscheffel

## Mehr Bürgersinn

### Die Mahnung des Bundespräsidenten

sp - Bundespräsident Heinrich Lübke hat in der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Düsseldorf das harte Wort vom "Mangel an Bürgersinn" gesprochen. Sein Vergleich mit dem zerfallenden Römischen Reich, der Hinweis auf die alten Römer, die "Brot und Spiele" der Mitwirkung in der gemeindlichen Selbstverwaltung vorzogen, ist sehr ernst zu nehmen. Der Bundespräsident machte einige Vorschläge, wie man vielleicht den von ihm beklagten Zustand überwinden könnte. Aber wie immer bei dem Versuch, eine Krankheit zu heilen, ist das Erkennen der Ursachen des Leidens die wichtigste Voraussetzung. Diese zu nennen - oder wenigstens eine von diesen Ursachen - hat sich der Bundespräsident nicht gescheut. Er verwies auf die schwindende Finanzautonomie der Gemeinden. Das ist richtig; Selbstverwaltung, kommunales Selbstbewusstsein und damit Bürgersinn können nur dort entstehen und gefestigt werden, wo der Bürger das Gefühl hat, dass er nicht "von oben herab" regiert wird. Wahrscheinlich sind die Bürger heute nicht besser und nicht schlechter als die Bürger von früher. Ihr Wille zur Übernahme eigener Verantwortung kann und wird jedoch nur in dem Maße wachsen, in dem sie spüren, dass die von ihren Steuergeldern aufgebrauchten Finanzmittel im Rahmen überschaubarer Grenzen Verwendung finden. Es liesse sich noch sehr viel zu diesem Thema sagen, aber schon der Hinweis des Bundespräsidenten auf die schwindende Finanzautonomie der Gemeinden könnte neue Impulse zur Überwindung des mangelnden Bürgersinns geben.

+ + +

### Stilbruch

### Strauss stimmt für Strauss

sp - Unter den Bundestagsabgeordneten, die bei der Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion, den Bericht des Fibagausschusses zur Fortsetzung der Beweisaufnahme an den parlamentarischen Untersuchungsausschuss zurückzuverweisen, durch die Nein-Tür des Bundestages schritten, befand sich auch der Verteidigungsminister Franz Josef Strauss, jener Mann also, der im Mittelpunkt dieser mehr als peinlichen Affäre steht. Ein solches Verhalten ist zumindest ungewöhnlich. Strauss hätte Abstinenz besser angestanden. Es ist weder im Vereinsleben, noch im politischen Leben üblich, dass ein Mann, gegen den eine Untersuchung schwebt, selbst mitentscheidet, ob diese Untersuchung weitergeführt oder beendet werden soll. Strauss scheint darüber seine eigenen, von dieser Norm abweichende Auffassungen zu haben. Auch er wollte, wie seine Parteifreunde, recht schnell Gras über eine Affäre wachsen lassen, die hochwertigen Explosivstoff enthält. Hat der Verteidigungsminister aus dem Fortgang des Verfahrens doch etwas zu fürchten, will er, dass im Zusammenhang mit der Fibag-Geschichte gewisse Dinge weiter im Dunkel bleiben? Strauss hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn solche und andere Fragen nun auftauchen. Sein Verhalten bei der Abstimmung im Bundestag gibt dazu Anlass.

+ + +

"Beispiel Fibag" - einmalig im Bundestag

Von Horst-Jürgen Winkel,  
Juristischer Assistent bei der SPD-Bundestagsfraktion

Die denkwürdige Bundestagssitzung vom 28. Juni 1962 mit der Zurückverweisung des Fibag-Berichtes an den Untersuchungsausschuss führt zu der Frage, wie bei früheren Untersuchungsausschüssen verfahren wurde. Die bei der Arbeit des Fibag-Ausschusses festgestellten Verfahrensmängel, die Art und Weise, in der der Ausschuss über den Bericht beraten und beschlossen hat, fordert geradezu den Rückblick heraus.

\* \* \*

Es ist im Bundestag bisher noch nicht vorgekommen, dass in einem Untersuchungsausschuss gegen den Widerspruch der Minderheit über den Abschlussbericht ein Beschluss gefasst wird, ohne dass ein schriftlicher Entwurf des Berichtes vorliegt. In den ständigen Ausschüssen mag das Verfahren anders gehandhabt werden. Bei Untersuchungsausschüssen ist es aber wegen der Eigenart ihrer Aufgabe aus guten Gründen im Bundestag bisher ständige Praxis gewesen, die abschliessenden Beratungen auf der Grundlage eines schriftlichen Berichtsentwurfs durchzuführen.

Nur der vom 1. Bundestag eingesetzte Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Kraftstoffvertriebs bildet hiervon eine Ausnahme. Aus Zeitnot kam es in diesem Falle zu keiner formellen Beschlussfassung des Ausschusses. Stattdessen legten der Vorsitzende und die beiden Berichterstatter, von denen der eine der antragstellenden SPD-Fraktion angehörte, dem Plenum unmittelbar einen Bericht vor, wobei sie von der Auffassung ausgingen, dass der Bericht nach Lage der Dinge die Billigung der übrigen Ausschussmitglieder hatte. Diese Ausnahme be-  
stätigt nur die Regel, dass Untersuchungsausschüsse ihre abschliessende Entscheidung auf Grund eines schriftlichen Berichtsentwurfs treffen.

"Spiegel-Ausschuss" - "John-Ausschuss"

In der 2. Wahlperiode haben der "Spiegel-Ausschuss" und der "John-Ausschuss" den Berichtsentwurf sogar in mehreren Sitzungen beraten. Der "Spiegel-Ausschuss" brauchte für den ersten Entwurf acht Sitzungen, in denen bis ins einzelne um die Formulierungen gerungen wurde. Auf Grund der dabei beschlossenen Änderungen wurde ein neuer schriftlicher Entwurf

gefertigt und in einer 2. Lesung beraten. Das Ergebnis war ein dritter Entwurf, der dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und den beiden Berichterstattern noch vor der letzten Sitzung zuging und dem Ausschuss bei der endgültigen Beschlussfassung vorlag.

#### Personalpolitik des AA

Der Ausschuss des 1. Bundestages zur Untersuchung der Mißstände in der Personalpolitik im Auswärtigen Dienst beschloss, wie sich aus dem Ausschussbericht (Drucks. Nr. 3405) ergibt, nach Beratung des Berichtsentwurfs, weitere Ermittlungen anzustellen, da der Entwurf zeigte, dass die bis dahin geführten Ermittlungen noch nicht ausreichten.

So oft ein Teil der Ausschussmitglieder mit dem zunächst vorgelegten Bericht nicht einverstanden war, wurde entweder versucht, die strittigen Fragen zu klären (so im John-Ausschuss des 2. Bundestages), oder den nicht einverstandenem Ausschussmitgliedern Gelegenheit und ausreichend Zeit gegeben, dem Ausschuss einen eigenen Bericht vorzulegen (so im Spiegel-Ausschuss des 1. Bundestages und im Untersuchungsausschuss betr. Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette des 2. Bundestages). Wenn zwei Berichte vorlagen, bemühten sich die Ausschüsse zunächst, eine Einigung über die Zusammenfassung beider Berichte zu einem einheitlichen Bericht zu erzielen, bevor - wie beim Untersuchungsausschuss betr. Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette - dem Plenum ein Bericht vorgelegt wurde, mit dem die Ausschussminderheit nicht einverstanden war.

#### Vorsicht vor schlechten Präzedenzfällen!

Diese auf eingehendem Studium der Materialien der bisherigen Untersuchungsausschüsse des Bundestages beruhenden Feststellungen sprechen im vorliegenden Zusammenhang für sich selbst. Sie sind notwendig, weil Präzedenzfälle für parlamentarische Geschäftsordnungs- und Verfahrensfragen bekanntlich grosse Bedeutung haben und zur Bildung parlamentarischen Gewohnheitsrechts führen können. Die bisherige Praxis der Untersuchungsausschüsse des Bundestages rechtfertigt die Auffassung, dass der vom Plenum jetzt an den Ausschuss zurückverwiesene Bericht unter Verletzung parlamentarischen Gewohnheitsrechtes zustandegekommen ist.

Umso mehr ist es zu begrüßen, dass der Bundestag, wenn auch mit knapper Mehrheit, einem schlechten Präzedenzfall die Legitimation versagen wird.

Ausbildungsförderung - aber wie?

Die öffentliche Diskussion hat begonnen

sp - Der Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur Ausbildungsförderung wird in nächster Zeit auch von der Westdeutschen Rektorenkonferenz beraten werden, da mit ihm u.a. eine gesetzliche Regelung der Studentenförderung gefunden werden soll. In der Öffentlichkeit, auch in der Rektorenkonferenz, ist man sich darüber einig, daß für die seit fünf Jahren bestehende Förderung von Studenten mit Stipendien nach dem Honnefer Modell eine gesetzliche Grundlage anzustreben ist. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß sich die Rektoren der Hochschulen mit Ernst und Sachkunde mit diesem Gesetzentwurf befassen. Die Gesetzgebung des Bundestages muß sachgerechte Regelungen auch im Interesse der Betroffenen finden. Sie kann und will dabei nicht auf den Rat und die Erfahrungen der Öffentlichkeit verzichten.

Prüfung aller Faktoren

Die sozialdemokratische Partei hat in diesem Sinne stets ihre Diskussionsbereitschaft gezeigt. Sie ist zu einer ins Einzelne gehenden Erörterung, zur Berücksichtigung aller bedeutsamen Gesichtspunkte der Ausbildungsförderung um so mehr bereit, als die Kompliziertheit der Materie und die Neuartigkeit der Aufgabe ein sorgsames Abwägen aller Voraussetzungen und Folgen einer gesetzlichen Regelung verlangen. Die Entwicklung der Studentenförderung in den letzten Jahren hat gezeigt, daß - von Einzelfragen abgesehen - eine weitgehende Einigkeit zwischen den Bundestagsfraktionen und den Hochschulen wie auch mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz als ihrem gemeinsamen Organ bestand. Das Stipendienprogramm des Honnefer Modells hat sich bewährt, wenn auch weitere Verbesserungen und Korrekturen auf Grund der gewonnenen Erfahrungen im Laufe der Zeit notwendig waren und sind.

Bedenken können ausgeräumt werden

Nach Lage der Dinge kann man annehmen, daß die jetzt bei der Westdeutschen Rektorenkonferenz entstandenen Bedenken gegen eine Regelung der Studentenförderung innerhalb eines Ausbildungsförderungsgesetzes weitgehend durch Mißverständnisse verursacht wurden. Um sie auszuräumen, bedarf es einer Klärung der Standpunkte und Sachfragen im Einzelnen. Das ist um so naheliegender, als der Gesetzentwurf nun den Bundestagsausschüssen zur Beratung überwiesen ist und die Detailfragen auch wie üblich unter Anhörung aller Sachkundigen und Interessierten zu erörtern sind. Der Rat der Rektorenkonferenz ist dabei unerlässlich.

Gewicht und Bedeutung der Studentenförderung für unseren wissenschaftlichen Nachwuchs wie für die Hochschulen als Ganzes sind unbestritten. Sie einer zufriedenstellenden und sachgerechten gesetzlichen Regelung zuzuführen, ist nun die Aufgabe.

## Fachleute - eine "Mangelware"

Von Bruno Kuster, Genf

Flinke Zeitungsleute klebten dem von U Thant vorgelegten Aktionsprogramm für ein "Jahrzehnt der Entwicklung" die zügige, aber irreführende Etikette "Marshall-Plan für die Entwicklungsländer" auf. Indessen sind zwei wesentliche Unterschiede zu beachten: Erstens standen hinter dem Marshall-Plan von Anfang an gewichtige Dollarbeträge bereit, während der Thant-Plan erst einen Appell an die Regierung und Völker in sich schließt, die benötigten Mittel bereitzustellen. Zweitens bezweckte der Marshall-Plan den Wiederaufbau einer vom Kriege zerrütteten Wirtschaft, während der Thant-Plan beabsichtigt, bis 1970 die Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen von zwei Dritteln der Menschheit zu schaffen, wodurch die wirtschaftliche und soziale Geographie der ganzen Welt verändert würde.

### Worauf es ankommt

Diese beiden Unterschiede sind wichtig, damit man sich ein ungefähres Bild von der Größe der Aufgaben machen kann, die an Einsicht und Opferbereitschaft aller Länder große Anforderungen stellen. Die Erinnerung an den wohlthuenden Strom der Marshall-Gelder könnte allzu leicht zu irrigen Vorstellungen führen. U Thant unterstreicht deshalb in seinem Bericht wiederholt, daß der Erfolg seines Programmes letzten Endes von nichts anderem abhängt als vom Willen der Völker. An anderer Stelle nennt er als entscheidende Voraussetzung die "größere Bereitschaft sowohl der unterentwickelten als auch der fortgeschrittenen Staaten, die erforderlichen Anstrengungen und Opfer auf sich zu nehmen."

Diese Wendung läßt einen natürlich sogleich an finanzielle Opfer denken. Gewiss sind auch mehr Geldmittel nötig, aber eben so wichtig sind Fachleute, die den aufstrebenden Staaten auf den verschiedensten Gebieten beistehen können. U Thant erblickt im Mangel an hochqualifiziertem Fachpersonal sogar das vielleicht größte Hindernis, das in den kommenden Jahren überwunden werden muß. Auch im jüngsten Bericht über die Leistungen der technischen Hilfe der Vereinten Nationen im Jahre 1961 (im Rahmen des Erweiterten Programmes) wird auf die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Anwerbung von Experten hingewiesen. Manche Hilfsgesuche konnten nicht oder nur mit Verspätung berücksichtigt werden, weil in der ganzen Welt die entsprechenden Fachleute nicht abkömmlich sind!

### UNO braucht bis 1970 rund 10 000 Experten

Trotz dieser Schwierigkeiten hat der technische Beistand der Vereinten Nationen im letzten Jahr erneute eine bedeutende Ausweitung erfahren: 113 Länder und Gebiete konnten berücksichtigt werden. Die Zahl der Experten stieg um 174 auf 2381, wofür drei Viertel der finanziellen Mittel aufgewendet wurden. Der Rest entfällt etwa zu gleichen Teilen auf Stipendien und Demonstrationmaterial. Dem Programm standen im Berichtsjahr wesentlich größere Mittel zur Verfügung - 42 gegenüber 34 Millionen Dollar im Vorjahr. Dadurch war es möglich, die Hilfe an Afrika wesentlich zu verstärken, ohne den anderen Ländern gewährten Beistand wesentlich einzuschränken. So stieg der Anteil Afrikas von zehn vom Hundert im Jahre 1956 auf über zwanzig vom Hundert im letzten Jahr.

Nach den Vorschlägen U Thants müßten im Jahre 1970 allein von den Vereinten Nationen rund 10 000 Experten in Entwicklungsländern eingesetzt werden.

### Neuer kommunistischer Balkanbund?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Das Erscheinen des sowjetischen Ministerpräsidenten in den Hauptstädten Bulgariens und Rumäniens hat im Zusammenhang mit der Belgrader Visite Aussenminister Gromykos bei westlichen diplomatischen Beobachtern die Vermutung ausgelöst, dass der Krenl mit seinen wirtschaftlichen und politischen Liderungsbestrebungen innerhalb des Ostblocks im Begriff ist, sich den Boden für auf weite Sicht angelegte Pläne zu bereiten. Das Zusammentreffen der Regierungschefs und KP-Generalsekretäre der UdSSR, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, der Ostzone, Bulgariens und Rumäniens anlässlich des ausserordentlichen Kongresses der COMECON hat gezeigt, dass der Osten vor viel tieferen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steht, als man diesseits der Grenzen allgemein annimmt.

Die gesamte, während der vergangenen drei Monate auf dem Balkan zu bemerkende Aktivität Moskaus galt der wirtschaftlichen Koordinierung. Zu jenem Kongress des östlichen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe war übrigens Albanien nicht eingeladen worden, nachdem Tirane mittlerweile aus der direkten sowjetischen Politsphäre ausgeschert ist.

#### Das Verhältnis Moskau - Belgrad

Zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien andererseits bahnt sich eine Annäherung an. Die Aussenhandelsbeziehungen Belgrads wickeln sich zu 40 Prozent mit Ostblockstaaten und zu 25 Prozent mit westeuropäischen Ländern ab, das heisst in Partnerschaft mit der EWG, deren wachsender innerer Marktabsättigung Jugoslawien sich nun gegenübergestellt sieht. Das Land an der Adria wird jetzt nicht weiter in Richtung auf Liberalisierung der Wirtschaft hinarbeiten können - Tito selbst hat in seiner Rede in Split den Misserfolg dieses Bemühens zuggegeben - sondern wird zu einer Politik der verstärkten Planungen und Kontrollen zurückkehren. Selbstverständlich finden sich angesichts der erfolgreichen Entwicklung des Gemeinsamen Marktes ähnliche Tendenzen in der Sowjetunion und ihren Blockstaaten.

#### "Verteidigungsoffensive"

So sah sich Krenl-Chef Chruschtschow zu der inzwischen angelaufenen Verteidigungsoffensive gezwungen. Er ist geschickt genug, nebenher mit Hilfe der jugoslawischen Schwierigkeiten seine eigene Politik auf dem Balkan zu stärken; zumindest versucht er es. Der letzte Vorstoss in

Bulgarien und Rumänien scheint darauf angelegt, über die wirtschaftliche und politische Engerfassung der "Ostdemokratien" deren intensivere Zusammenarbeit mit Belgrad zustandekommen zu lassen. Es fehlt bei dieser Gelegenheit natürlich nicht der verstärkte Seitendruck auf Griechenland - assoziiertes Mitglied der EWG - und die Türkei, beides NATO-Partner. Besonders in Bukarest wurde Herr Chruschtschow in dieser Weise wirksam, denn er muss versuchen, die seit dem Beginn des offenen Streites zwischen Moskau und Tirana, seit Dezember 1961 herrschende politische Labilität auf dem kommunistischen Balkan zu beseitigen.

Die neue Welle in diesem neutralistischen Raum offenbarte sich in dem Augenblick, wo von Athen aus konkrete Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen mit Moskau und Sofia unternommen wurden: Seit Herrn Chruschtschows Besuch ist Bulgarien zu keiner Annäherung bereit.

#### Balanceakt

Das Entscheidende scheint sich, was den Südosten Europas angeht, im Zusammenhang mit dem möglichen Näherrücken Jugoslawiens an die Sowjetunion abzuspielen. Aussenminister Gromyko hat Tito ausreichenden Schutz gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für den Fall zugesichert, dass Jugoslawien bereit ist, sich stärker mit den Ländern des sowjetischen Systems handelsmässig zu engagieren. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang erscheint der Bericht des Moskauer Korrespondenten der "New York Times", in dem von einer bevorstehenden Assoziation Jugoslawiens an die COMECON die Rede ist. Ein Schritt, der nicht ohne die allgemeinen politischen Parallelauswirkungen bliebe. Chruschtschow in Warna (Bulgarien): "Jugoslawien ist auf dem Balkan das Kernland und verdient bei seinem Aufbau im Sinne des Sozialismus jede Unterstützung".

Im Jahre 1947 war der Plan eines Balkanbundes an der persönlichen Rivalität Titos und Dimitroffs gescheitert; nun scheint er seine Neuaufgabe zu erleben. Chruschtschow sieht eine Zusammenschliessung dieses "Kernlandes" mit Rumänien und Bulgarien vor, mit einer Zentrale Belgrad, das schon nach dem Krieg erste Hauptstadt des KOMINFORN war. Im Falle des Zustandekommens dieser Integration wäre dann auch der Gegenpol für die westlich orientierten und alliierten Länder Griechenland und Türkei geschaffen, sowie zugleich für eine der Vorstellung Moskaus entsprechende Isolierung Albaniens gesorgt. Ob Belgrad aber bereit sein wird, mit dem Ostblock so weit konform zu gehen, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen.